

Posener Zeitung.

Nenn und siebzigerster Jahrgang.

Nr. 236.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierjährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des Deutschen Reiches an.

Montag, 3. April
(Erscheint täglich drei Mal.)

Interessante 20 Pf. die jedoch gesparte Seite oder seien Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Ausgabe bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Amtliches.

Berlin, 2. April. Der König hat dem Prinzen Thomas Albert Viktor von Savoien, Herzog von Genua, sowie dem General Cialdini, Herzoge von Gaeta, den Schwarzen Adler-Orden verliehen, den Kavetten-Kapitän Karl Bartholomäus Werner in den Adelstand versetzt, den bish. Direktor des Gymnasiums zu Prenzlau, Karl Schmelzer, zum königl. Gymnasial-Direktor ernannt.

Dem Gymnasial-Direktor Karl Schmelzer ist die Direktion des Gymnasiums in Hamm übertragen, den Oberlehrer am Marienstifts-Gymnasium in Stettin, Dr. phil. et Ius. theol. Alexander Kolbe und Georg Pitsch, das Prädikat "Professor" beigelegt, der Gymnasial-Oberlehrer Dr. H. Wörbs zu Neuz in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium zu Coblenz, und der ord. Lehrer am Lyceum II. zu Hannover, Dr. Hermann Wrampelmeyer, als Oberlehrer an das Gymnasium in Clausthal berufen worden. Am Gymnasium in Gumbinnen ist der ord. Lehrer Dr. Küsel zum Oberlehrer befördert, die Beförderung des ord. Lehrers Dr. Hermann Gustav Leopold Holfeld von der Realschule in Posen zum Oberlehrer am Gymnasium in Guben ist genehmigt, der bish. Seminarlehrer und kommiss. Kreis-Schulinspektor Joseph Hoffmann in Trier zum Kreis-Schulinspektor im Reg.-Bez. Trier ernannt, der Lehrer Adolf Koch an der Stadtschule zu Kitz als Hilfslehrer an dem königl. Schullehrer-Seminar zu Ottweiler angestellt worden.

Der königl. Eisenbahn-Baumeister Eugen Hellwig zu Wiesbaden ist nach Hannover versetzt und der königl. Eisenbahn-Direktion dagegen als Hilfsarbeiter überwiesen, der Berg-Ass. Biedenz unter Beilegung des Charakters als Bergmeister zum Bergrevierbeamten ernannt und ihm die Verwaltung des Bergreviers Naticbor übertragen worden.

Vergest gestorben sind: der Kreisrichter Weigert in Schrimm an das Kreisger. in Stettin, der Kreisrichter Löwenberg in Kirchhain an das Kreisger. in Görlitz, mit der Funktion als Ger.-Kommissär in Reichenbach, der Kreisrichter Thilo in Jatzkshagen und der Kreisrichter Dr. Bischoff in Bülow an das Kreisger. in Lübben, der Kreisrichter Schöber in Ratscher an das Kreisger. in Naticbor, der Kreisrichter Bok in Lötzen an das Kreisger. in Bergen, der Kreisrichter Ortmann in Lissa an die Gerichts-Kommission in Lötzen und der Friedensrichter Maubach in Sulzbach an das Friedensger. in Ratingen. Die Verfehlung des Kreisrichters von Bausen in Swinemünde an das Kreisger. in Stettin ist auf seinen Antrag zurückgenommen. Der Ger.-Ass. Wittekopf ist zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Bernkastel, der Ger.-Ass. Schaffhausen zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Lechenich, der Ger.-Ass. Dr. Tschirner zum Kreisrichter bei dem Kreisger. in Berlin, mit der Funktion bei der Ger.-Dep. in Oranienburg, der Ger.-Ass. von Werthern zum Kreisrichter bei dem Kreisger. in Lübben und der Ger.-Ass. Knoz zum Amtsrichter in Allendorf ernannt. Der Stadtger. Rath Spiller in Berlin, der Kreisgerichts-Rath Cammerer in Quedlinburg und der Friedensrichter, Justiz-Rath Schraut in Saarlouis sind gestorben.

Die natürliche Zunahme der preußischen Bevölkerung in den letzten vier Jahren.

Um die erhebliche Vermehrung der Volkszahl Preußens, welche durch einen Vergleich der Zählungsresultate von den Jahren 1871 und 1875 dargethan wird, zu erklären und zu erkennen, in welcher Weise sich dieselbe vollzogen hat, muß man zurückgehen auf die Nachrichten, welche die fortlaufende Registerführung über die Bewegung der Bevölkerung uns giebt. Aus diesem Grunde geben wir nachstehend eine Mittheilung über das Verhältniß der Geburten und Sterbefälle im Gebiete des preußischen Staats während der vier Jahre, welche zwischen den beiden letzten Volkszähungen liegen.

Zeit.	Geboren.	Gestorben.	Überschuß.
1872. Januar-März	265 972	221 669	44 303
April-Juni	254 728	185 362	69 366
Juli-September	251 717	191 050	60 667
Oktober-Dezember	250 588	167 279	83 309
1873. Januar-März	265 811	191 898	73 913
April-Juni	241 867	176 065	65 802
Juli-September	260 096	207 524	52 572
Oktober-Dezember	260 502	163 763	96 739
1874. Januar-März	269 450	175 237	94 213
April-Juni	248 310	164 928	83 382
Juli-September	264 413	176 017	88 396
Oktober-Dezember	270 133	176 725	93 408
1875. Januar-März	273 264	196 557	76 707
April-Juni	254 376	173 401	80 975
Juli-September	275 181	181 051	94 130
Oktober-Dezember	276 858	173 260	103 598
Jahr 1872	1.023 005	765 360	257 645
1873	1.028 276	739 250	289 026
1874	1.052 306	692 907	359 399
1875	1.079 679	724 269	355 410
Zusammen	4.183 266	2.921 786	1.261 480

Zunahme durch Erwerbung des Ost-Zadegebietes 2 181
Verlust durch Theilung des Kommunionharzes 426

Zunahme überhaupt 1.263 233

Volksszunahme nach dem Ergebnis der Zählungen vom 1. Dezember 1871 und 1. Dezember 1875 1.060 843
Verlust durch Mehrauswanderung 202 390

Der Überschuß der Auswanderung über die Einwanderung, welcher in früheren Jahren durchschnittlich auf 100.000 Personen für

das gesamte Staatsgebiet geschätzt wurde, ist ganz erheblich gesunken und beträgt für die letzte Zählungsperiode im Mittel jährlich 50 000, in jedem der beiden letzten Jahre indessen nur etwa 27 000 Menschen.

Das Reichseisenbahuprojekt hat in den letzten Tagen sowohl die württembergische Ständekammer als die sächsische zweite Kammer beschäftigt. Die "Nat. Lib. Kor." findet, daß die Debatte der württembergischen Ständekammer in einer Weise verlaufen ist, die unter den obwaltenden Umständen selbst von den Freunden des Reichseisenbahuprojektes als verhältnismäßig günstig betrachtet werden kann. Das genannte Organ der nationalliberalen Partei in Berlin begründet dies wie folgt:

Daß die württembergische Regierung zu den Freunden des Planes gehören werde, hat Niemand erwartet. Die Mittheilung des Herrn v. Mittnacht, die Regierung habe in Berlin angezeigt, aus politischen, finanziellen und Börsenwirtschaftlichen Gründen für den Aufbau deutscher oder preußischer Bahnen durch das Reich nicht stimmen zu können, hat somit Niemand überrascht. Wir sind sogar überzeugt, daß auch die neue Prüfung, welche die württembergische Regierung das Projekt untersiehen will, obgleich sie erst jetzt die genauere Motivierung desselben kennen gelernt hat, ihren ursprünglichen Standpunkt nicht erütteln wird. Aber die Sprache des württembergischen Ministers unterscheidet sich doch sehr wesentlich von der Schriftlichkeit, mit welcher der bairische Minister v. Preyschner jeden Gedanken einer Centralisierung deutscher Eisenbahnen in der Hand des Reichs rückweg zurückwies, und mehr noch von den schweren Anklagen, welche in Folge der münchenischen Kammerdebatte in einem großen Theile der bairischen Presse gegen Preußen und die Zentralleitung des Reichs erhoben wurden. Sodann konnten in Stuttgart die konservativen Gegner der Reichsbahnen wenigstens nicht ambivalent, ein Reichseisenbahngesetz zu verlangen und damit die Notwendigkeit einer Regelung des Eisenbahnwesens durch das Reich anzuerkennen. Endlich fanden sich bereits sechs Stimmen, an ihrer Spitze der in Eisenbahnangelegenheiten wohlbewanderte Reichstagsabgeordnete Elben, welche aller Unpopulärität zum Trotz mutig für den Plan des Reichskanzlers eintraten. Wie gefragt, die Freunde der Reichseisenbahndee haben keine Beratung, über diesen Ausgang ungünstig zu sein. Eine eigentlich praktische Bedeutung ist übrigens dem Vorgange kaum beizumessen. Doch sind zwei Punkte in der Mittnachtschen Erklärung, die noch eine nähere Belenkung verdienen. Der Reichseisenbahngesetz ist entstanden, als der Versuch, ein Reichseisenbahngesetz zu Stande zu bringen, als gescheitert betrachtet werden mußte. Nun, die württembergische Regierung ist für ein Reichseisenbahngesetz und aus der Rede des Herrn v. Mittnacht hängt die Frage heraus: Warum sollte jener Versuch definitiv gescheitert sein? Mit anerkennenswertester Unbefangenheit gibt er auf diese Frage selbst die Antwort, indem er den prinzipiellen Satz des Reichseisenbahngesetzwurfs, daß dem Reich die umittelbare Aufsicht über alle deutsche Eisenbahnen zufalle, als eine formelle und materielle Aenderung der Reichsverfassung und deshalb als unannehmbar ansieht. Man darf über dieses Argument billig erstaunt sein. In Art. 4 der Reichsverfassung heißt es mit dünnen Worten: "Der Beaufsichtigung seitens des Reichs und der Gelehrten unterliegen" das Eisenbahnwesen" u. s. w. Wenn man trotz dieser klaren Bestimmung dem Reich das Recht zur Ausübung einer unmittelbaren Aufsicht über die Bahnen streitig macht und ihm jene unsindbare Position in den Wolken anweist, die dem Eisenbahnbediensteten erlaubt, einen auf die Verfugungen des Reichseisenbahnmants sich berufenden Reichsdeutschen einfach auszulachen, so begreift sich wahrlich nur zu sehr, weshalb der Reichskanzler den Muth verlor, auf diesem Wege zu einem vernünftigen Ziele zu gelangen. Mit Notwendigkeit ward er zu der Einsicht gedrängt, daß die Eisenbahnauflage des Reichs erst dann eine wirksame sein werde, wenn es die Verwaltung der den Verkehr beherrschenden Durchgangslinien fest in der Hand habe. Folgerichtig macht er jetzt den Versuch nach dieser Seite hin. Aber siehe da, auch hier werden ihm und das ist der zweite bemerkenswerthe Punkt der Mittnachtschen Rede — sofort wieder Verfassungsbefürworten entgegengestellt. Herr v. Mittnacht verbirgt sich wenigstens entschieden dagegen, die ihm von partikularistischer Seite gestellte Frage, ob die Erwerbung der preußischen Bahnen durch das Reich eine Aenderung der Reichsverfassung involvire, zu verneinen. Es wird also an die Möglichkeit gedacht, das Projekt im Bundesrathe mit den bekannten 14 (unter 58) Stimmen zu Halle zu bringen. Unseres Erachtens bietet aber die ganze Reichsverfassung nicht den geringsten Anhalt zu der Behauptung von der Verfassungsänderung; vielmehr führt § 41 der Verfassung per analogiam zu dem direkt entgegengesetzten Schluß. In diesem Artikel heißt es: "Eisenbahnen, welche im Interesse der Vertheidigung Deutschlands oder im Interesse des gemeinsamen Verkehrs für nothwendig erachtet werden, können nach einem Reichsgesetze auch gegen den Widerspruch der Bundesglieder, deren Gebiet die Eisenbahnen durchschneiden, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, für Rechnung des Reichs angelegt oder an Privatunternehmer zur Ausführung konzessionirt und mit dem Expropriationsrecht ausgestattet werden." Wenn die Verfassung dem Reich im Interesse des gemeinsamen Verkehrs ein so weit gehendes Recht, wie das im Vorstehenden enthaltenen, bestätigt, so ist wahrlich schwer abzusehen, wie sie ihm die Erwerbung bereits bestehender Bahnlinien verbieten könnte. Kurz die Mittnachtsche Rede beweist auf's Neue, wie wenig sich mit politisch - partikularistischen Einwänden gegen die Reichseisenbahndee ausspielen läßt. Die finanziellen und wirtschaftlichen Bedenken werden überall volllauf gewürdig werden; wer aber die Besorgniß einer "Gefährdung der föderativen Grundlage des Reichs" in den Vordergrund stellt, der wird seine Sache bald genug verloren geben müssen.

In der sächsischen zweiten Kammer kam das Reichseisenbahuprojekt am 28. v. M. zur Befredigung und zwar stützte ein Redner, Abg. Walter, in folgender Weise Kritik über die Vorlage, betreffs der Abtragung der preußischen Staatsbahnen an das Reich:

"Alle Warnungen hätten also einen Eindruck nicht gemacht, sondern nur das Vorgehen der preußischen Regierung beschleunigt. Es sei außerordentlich betrübend, daß eine solche Angelegenheit, die mehr Gegner als Befürworter habe, eingebracht worden sei, und es sei nicht zu leugnen, daß eine sehr unheimliche Stimmung sich gelöst gemacht habe. Durch diese Maßregel sei Sachsen in die Notwendigkeit gezwungen, sich auch wehren zu müssen, und er frage, ob die Staatsregierung vielleicht in der Lage sei, der Kammer eine andere Auskunft zu geben, als früher. Die Motive der preußischen Vorlage ließen mit einer brutalen Offenheit erkennen, daß, wenn sich die anderen Staaten dem Beispiel Preußens nicht anschlossen, es schon Maß-

regeln ergreifen werde. Die Veranlassung zu dem Reichseisenbahuprojekt erblickte er in der Tarifverhöhung, welche die Unzufriedenheit der Industriellen und Landwirthe hervorgerufen habe. Man glaube, durch eine große Zentralisation die Tarife anders normieren zu können. Er glaube aber, daß man sich darin genauso irre, genau so wie bei der Telegraphie, wo man auch jetzt höhere Sätze habe. Vielleicht kommt man auch dahin, daß auch die Kosten von Seiten des Reichs verwaltet werden müßten, damit die Entholzung aufhöre. Er meine, daß Sachsen (also der Staat!) Alles aufzuhalten müsse, um das zu erhalten, was es habe, und er frage die Regierung, ob sie in irgend einer Weise nähtere Mittheilungen über die Intentionen der preußischen Regierung habe, oder ob sie nichts Anderes wisse, als was in den Zeitungen darüber geschrieben worden sei. Die beantragte Maßregel würde der erste Schritt sein zu einer Mediatisierung der kleinen Staaten.

Hierauf erwiederte der Staatsminister Frhr. v. Friesen (nach den stenographischen Niederschriften): Ich bedaure, die Anfrage des Herrn Abg. Walter mit einem ganz bestimmten "Nein!" beantworten zu müssen. Ich bin nicht in der Lage, ihm eine nähere Auskunft zu geben und habe auch gar keine weitere Kenntnis von der Sache, als die, welche allen Mitgliedern in der hohen Kammer bewohnt. Uebrigens halte ich es nicht für gerathen, auf diesen Gegenstand, der so ganz ohne Vorbereitung hier erwähnt worden ist, irgendwie näher einzugehen. (Sehr wahr.) So schmerlich und ernst auch der Eindruck gewesen ist, den ich bei dem Durchlesen der Motive jenes Gesetzentwurfs gehabt habe, so habe ich doch gleichzeitig die Überzeugung gewonnen, daß gerade im jetzigen Moment die Sache so liegt, daß die größte Vorsicht von unserer Seite nothwendig wird. Das werde ich nicht aus dem Auge lassen. (Sehr richtig, sehr wahr, Beifall.)

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 2. April.

Eine Deputation, bestehend aus dem Oberbürgermeister Dr. Koch, dem Bürgermeister Dr. Georgi, dem Vorsteher der Stadtverordneten Dr. Frödin und dem Vice-Vorsteher Fabritianen Goetz ist aus Leipzig hier eingetroffen und am 31. März Nachmittag 2 Uhr vom Kaiser im königl. Palais empfangen worden. Sie überreichte in dieser Audienz ein Gesuch um Erlaubniß, die stehende Statue des Kaisers am Piedestal eines Siegesdenkmals anbringen zu dürfen. Der Kaiser und König hat auf die Glückwunschkarte der hiesigen Stadt Berlin vor der Deputation verfaßt und am 1. April Nachmittag zum Geburtstage folgendes Antwortschreiben erlassen:

In wohlthuender Weise haben Mich die Stadtverordneten durch die Mir zu Meinem Geburtstage dargebrachten guten Wünsche von Neuem verbunden. Mögen Sie Meines herlichen Dankes für Ihre Aufmerksamkeit verföhrt sein! Besonders eifreulich ist es Mir gewesen, aus der Adresse vom 22ten dieses Monats in Uebereinstimmung mit Meinen sonstigen Wahrnehmungen zu ersehen, wie tief die Erinnerungen an Meine in Gott ruhende Frau Mutter, die Königin Luisa, auch in der Bevölkerung Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin Wurzeln geschlagen haben; Ich bringe damit gern die Thatache in Verbindung, daß es der verständnissvollen und eimüthigen Fürsorge der Kommunalverwaltung Berlins gelungen ist, im Andenken und im Geiste der verklärten Königin vor Allem die Anstrengungen zur geistigen Förderung der Jugend, wie zum Schutze der Armut und des hilfsbedürftigen Alters auf eine Stufe der Entwicklung zu führen, welcher Ich verdiente Anerkennung zolle.

Berlin, 27. März 1876.

Wilhelm.

Auf das seitens des Altesten-Collegii der Kaufmannschaft an den Kaiser gerichtete Glückwunschkarte ist nachfolgende Allerhöchste Erwidern eingegangen:

Ich danke den Altesten der Kaufmannschaft von Berlin verbindlich für die Mir zu Meinem Geburtstage dargebrachten Glückwünsche, indem Ich versichere, daß Mich die von Ihnen ausgesprochene Zuversicht auf eine baldige günstige Wendung der gegenwärtig in Handel und Gewerbe obwaltenden Verhältnisse besonders wohlthuend berührt hat.

Berlin, den 25. März 1876.

Wilhelm.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck feierte am 1. d. M. die Vollendung seines einundsechzigsten Lebensjahres. Aus allen Gauen des deutschen Vaterlandes sind dem leitenden Staatsmann zu seinem Geburtstage wiederum zahlreiche beglückwünschende Telegramme, Briefe und wertvolle Gaben als Zeichen herzlicher Theilnahme zugegangen. Der Kaiser erschien um 3 Uhr, überbrachte persönlich seine Glückwünsche und verweilte eine halbe Stunde beim Fürsten. Die Kaiserin überwandte bereits in früher Morgenstunde ihre Glückwünsche durch die Palastdame Gräfin Hake; der Kronprinz gratulierte um ½ Uhr persönlich. Die vereinigten Musikkorps des 2. Garde-Regiments zu Fuß und des Kaiser Alexander-Regiments brachten dem Fürsten ein Morgenständchen. Unzähllich des Geburtstages schrieb die "N. Z.":

Kein besseres Zeichen von der trog körperlichen Leiden unveränderten Thatkraft und Energie des leitenden Staatsmannes kann es geben, als daß ihn dieser Lebensabschnitt in einem der größten und umfangreichsten Unternehmungen findet, welche Fürst Bismarcks politisches Wirken bis jetzt aufzuweisen hat. Möge ihm und dem deutschen Volke beschieden sein, in diesem Jahre eine Förderung des Werkes der Umgestaltung des deutschen Eisenbahnwesens auch thatsächlich verzeichnen zu können; ein neuer Anspruch auf den Dank der Nation wird dem Staatsmann dann gesichert sein, dem es vergönnt war, bereits so großes für sein Volk zu leisten und dessen Thatigkeit sich nun eine so neue und weittragende Perspektive eröffnet hat.

Auf speziellen Wunsch der Königin Victoria, welche im strengsten Incognito als Gräfin von Rosenau reist, ist auch in Deutschland jeder offizielle Empfang derselben unterblieben. Der Aufenthalt der Königin in Baden-Baden, wo sie den Besuch des Kaisers, der großherzoglich badischen Herrschaften, ihrer Kinder, des Herzogs von Edinburgh und der Prinzessin Alice, sowie ihres Schwiegervaters, des Prinzen Ludwig von Hessen und der Nachkommen ihrer Mutter aus erster Ehe, der Fürstlich Hohenlohe-Langenburgi-

schen Familie, zu empfangen gedenkt, wird etwa 8 bis 10 Tage dauern. Von Baden begibt sich die Königin nach Coburg, wo sie mit den königlichen Herrschäften und deren Kindern zusammen treffen wird.

— Über den gegenwärtigen Stand der vor kurzem eröffneten Untersuchung gegen den Grafen Arnim wegen Landesverrath erhält die „Nat. Ztg.“ folgende Mittheilungen:

Der Oberstaatsanwalt beim Kammergericht hat die Versetzung des Grafen Arnim in den Anklagestand wegen Landesverraths — auf Grund der §§ 92 Nr. 1 und 3 des St.-G.-B. (Majestätsbedeckung, Beleidigung des Fürsten Bismarck und des auswärtigen Amtes) und außerdem auf Grund des § 93 des St.-G.-B. die Befreiung am Anfang des Graf Arnims' Vermögens bis zur rechtskräftigen Beendigung der Untersuchung beantragt. Der Anklagefalenat des Staatsgerichtshofes bestand war auf jenen Antrag die Verisetzung des Grafen Arnim in den Anklagestand wegen der erwähnten Beschuldigungen, dagegen verwarf er den Antrag auf die Vermögensbeschuldigung und zwar, dem Vernehmen nach, unter Anderem deshalb, weil das sehr zerstörte und durch verschiedene Werthe repräsentirte Vermögen des Angeklagten eine sehr komplizierte Verwaltung nothwendig machen würde, und diese Maßregel andererseits für den Verlauf der Untersuchung keine wesentliche Bedeutung hätte. — Da dem in Italien sich aufhaltenden Angeklagten eine Abschrift der Anklageurkunde und des Beschlusses sowie die Vorladung des Hauptverfahren nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise zugesetzt werden kann, so hat der Oberstaatsanwalt die Einleitung des Contumaciam verfahrens beantragt. Es wird somit, falls Graf Arnim, wie mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen ist, seine öffentliche Vorladung nicht beachtet, ein Beweisverfahren, durch Vernehmung von Zeugen u. s. w., nicht stattfinden; vielmehr wird, nach dem im Gesetze vom 3. Mai 1852 über das Kontumazialverfahren enthaltenen Bestimmungen, die Hauptverhandlung sich ausschließlich auf die Verleugnung der Anklageurkunde und auf die Prüfung der Beobachtung der vorgeschriebenen Formlichkeiten für die gehörige öffentliche Vorladung beziehen; der Staatsgerichtshof erlässt sodann nach Anhörung der Oberstaatsanwaltschaft das Urteil lediglich nach Lage der Akten. Dieses Kontumazialverfahren hat, falls der Staatsgerichtshof der Anklage entsprechend den Angeklagten verurtheilt, im Wesentlichen keine praktische, sondern eine nur formale Bedeutung. Stellt sich später Graf Arnim oder wird er zur Haft gebracht, so muß nach dem Gesetze vom 25. April 1853 nochmals, und zwar in gewöhnlicher Weise, zur Hauptverhandlung vor dem Staatsgerichtshof und zur Fällung des Urteils geschritten werden. Denn sowohl bei Schwurgerichtssachen als auch bei Staatsverbrechen werden in dem Kontumazialverfahren zwar die thatsfächlichen Verhantungen der Staatsanwaltschaft, durch welche sie ihre Anklage begründet, als vom Angeklagten nicht bestritten und deshalb als festgestellt betrachtet, jedoch nur so lange, als es nicht gelingt, den Angeklagten persönlich zur verantwortlichen Vernehmung heranzuziehen. Mit dem Augenblick aber, in welchem der Angeklagte sich gestellt, sei es nach seiner Verurtheilung in contumaciam, ist das Hauptverfahren in der gewöhnlichen Weise durch die selbstständige richterliche Beweisaufnahme zu erneuern.

— In der „Frankf. Ztg.“ wird als „einer der angesehensten Männer im Lande“, von dem Lasser in seiner jüngsten Rede behauptete, daß er bei Gründung der Halle-Sorau-Gubener Bahn 400,000 Thaler Aktien gegen Nevers gezeichnet habe, der Graf Otto von Stolberg-Wernigerode, neuernannter Botschafter des deutschen Reiches am wiener Hofe, genannt, der damit dem Herzoge von Württemberg einen Gefallen habe erweisen wollen.

— Der ehemalige Bischof Martin von Paderborn ist bekanntlich aus Holland, wo er sich bis jetzt aufhielt, ausgewiesen worden. Der ihm zugestellte holländische Ausweisungsbefehl lautet (in der Übersetzung) also: „Parquet des Staatsprokurator bei dem Bezirksgesetz zu Maastricht, 16. März 1876. Nach Einsicht einer Verfügung Sr. Excellenz des Ministers der Justiz vom 11. März 1876 und auf Grund einer Verfügung des Herrn Generalprokurator bei dem Gerichtshof zu Bosch vom . . . März 1876 eröffnet der Staatsprokurator bei dem Bezirksgesetz zu Maastricht Namens Sr. Excellenz des Herrn Justizministers und aus Auftrag des vorgelegten Herrn Generalprokurator dem Herrn Martin, Bischof von Paderborn, dermalen in Gülpfen, daß er binnen 14 Tagen nach Empfang dieser Eröffnung die Niederlande zu verlassen hat. Der Staatsprokurator zu Maastricht A. M. B. Hanlo. Dem Herrn Martin, Bischof von Paderborn, dermalen in Gülpfen.“ Der aus Holland Ausgewiesene hat sich übrigens nicht nach England begeben, sondern ist auf der Durchreise durch Belgien am 30. März in Löwen angekommen. Dort besichtigte er, der „Germ.“ zufolge die Universität, diente bei dem Bistum Cartuharli und reiste dann nach Mechelen weiter, um dem Kardinal-Erzbischof und Primas von Belgien seinen Besuch zu machen. Von dort wird er seine Reise über Brüssel weiter fortsetzen.

— Geheimer Rath Professor Dr. Traube ist, der „Trib.“ zufolge, sehr schwer unter Erfcheinungen der Wassersucht erkrankt. Seine Stelle als Arzt der Abtheilung für innere Krankheiten im jüdischen Krankenhaus hat derselbe schon vor längerer Zeit gekündigt. Prof. Dr. Heinrich Jacobson ist an seiner Statt gewählt worden. Gegenkandidaten waren die Professoren Dr. Jos. Meyer und H. Senator. Dirigirender Arzt der äußeren Abtheilung ist bekanntlich der Geh. R. Professor Dr. v. Langenbeck.

— Über den angeblichen Verkauf von Chassepotgewehren seitens der preuß. Militärverwaltung brachte bekanntlich die „B. Börsenzeitung“ eine Mitteilung, wonach 100,000 Stück dieser Gewehre an ein französisches Konföderat (durch Vermittelung eines österreichischen Unterhändlers) zu 25 Frs. für das Stück verkauft worden seien. Nunmehr bringt ein prager Blatt folgende Verfügung des böhmischen Statthalters mit dem Zusatz, daß das Schriftstück an sämtliche Bezirkshauptmannschaften mitgetheilt worden sei:

„Guten Vernehmen nach hat die serbische Regierung in Berlin 60,000 Stück Chassepotgewehre und die dazu gehörige Munition auf Kredit angekauft und steht im Begriffe, den Bezug dieser Waffen zu bewirken. Infolge Erlasses Sr. Excellenz des Herrn f. k. Ministers des Innern vom 12. März l. J. B. 988, fordere ich den Herrn Bezirkshauptmann auf, sofort im unterstehenden Bezirke das Erforderliche zu verfügen, daß die Durchfuhr jener Kriegsmittel nicht zugelassen, etwa heimlich verdeckte Transporte mit Beschlag belegt und die Schuldtragenden der Strafanwendung aufgeführt werden. Indem ich noch befüge, daß die f. k. Grenz-Zollbehörden die diesfällige Weisung von der f. k. Finanz-Landesdirektion erhalten, erfache ich den Herrn Bezirkshauptmann, die im Gegenstande etwa gemachten Wahrnehmungen und in Erfahrung gebrachten Daten zu meiner Kenntnis zu bringen.“

Prag, den 15. März 1876.

Weber.

— Durch Kabinets-Ordre vom 9. März ist genehmigt worden, daß in diesem Jahre Generalstabs-Uebungsreisen bei dem 1., 2., 5., 6., 7., 9., 10., 11., 14. und 15. Armeecorps stattfinden.

— Der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau ist der „Börsen-Ztg.“ zufolge im Laufe der vorigen Woche der Befehl zugegangen, den Betrieb, der sich gegenwärtig auf monatlich 5000 Gewehre stellt, bis auf 8500 Gewehre pro Jahr zu beschränken, was die Entlassung von etwa zwei Dritttheilen der Arbeiter zur Folge hat. Die

Betriebsaufstellung erfolgt abtheilungswise, so daß wöchentlich 60 bis 80 Arbeitern gekündigt wird.

— Die der „Agence Havas“ aus Shanghai telegraphirte Nachricht von einer „Ankündigung“ des deutsch-chinesischen Handelsvertrages durch den kaiserlich deutschen Gesandten in Peking veranlaßt den „Reichsanz.“ zu folgender Berichtigung:

Nach Artikel 41 des deutsch-chinesischen Vertrages vom 2. September 1861 müßte dieser Vertrag bis zum Jahre 1883 unverändert in Kraft bleiben, wenn die Absicht, denselben einer Revision zu unterwerfen, nicht schon vor dem 14. Juli 1872 „angekündigt“ worden wäre. Eine solche „Ankündigung“ ist im Juni 1872 deutscherseits erfolgt und chinesischerseits angenommen worden. Die Revisionsverhandlungen könnten indeß aus verschiedenen äusseren Rücksichten während der seitdem verflossenen Zeit nicht eröffnet werden. Erst der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint als relativ günstig, und somit hat der kaiserliche Gesandte in Peking vor einiger Zeit den Auftrag erhalten, die Eröffnung jener Revisionsverhandlungen nunmehr bei der chinesischen Regierung zu beantragen. Das Resultat einer Revision des deutsch-chinesischen Vertrages berührt nach Lage der Verhältnisse in gleicher Weise die Interessen aller Vertragsmächte. Die kaiserliche Regierung hat deshalb die geeigneten Schritte gethan, daß dem deutschen Unterhändler die erwünschte Unterstützung der übrigen fremden Vertreter in Peking zu Theil werde, so daß auch bei diesem Anlaß und im allgemeinen Interesse der chinesischen Regierung gegenüber die Solidarität der Vertragsmächte zum Ausdruck gelangen wird.

— In Ausführung des § 5 Nr. 4 des Gesetzes vom 27. Juni 1873 hat der Bundesrat an Stelle des Regulativs vom 5. Januar 1874 unterm 13. v. M. ein neues Regulativ zur Ordnung des Geschäftsganges bei dem durch richterliche Beweise verstärkten Reichs-Eisenbahn-Amt erlassen. Nach demselben überweist, wenn gegen eine vom Reichs-Eisenbahnamt verfügte Maßregel Gegenvorstellung auf Grund der Behauptung erhoben wird, daß die Maßregel in den Gesetzen und rechtgültigen Vorschriften nicht begründet sei, der Reichskanzler die an ihn zu richtende Gegenvorstellung dem verstärkten Reichs-Eisenbahnamt. Das verstärkte Reichs-Eisenbahnamt besteht aus dem Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamts oder dessen Stellvertreter als Vorsitzenden, zwei Räthen des Reichs-Eisenbahnamts und drei richterlichen Beamten. Für letztere werden, für den Fall der Behinderung, drei Stellvertreter ernannt.

— Das Reichsgesundheitsamt wird, der „N-Ztg.“ zufolge, in kürzer Zeit ins Leben treten. In der, dem Etat des Reichskanzleramtes für 1876 beigegebenen Denkschrift sind die Normen für die Ausdehnung dieses Amtes sowohl, als auch für seine Berufstätigkeit festgestellt. Danach besteht das Amt aus einem Direktor, zwei Mitgliedern (Räthen) und mehreren Unterbeamten, deren Rangverhältnisse denen beim statistischen Bureau entsprechen. Das Amt selbst gehört in die Reihe der dem Reichskanzleramt direkt unterstellten Behörden und trägt einen lediglich beratenden Charakter. Seine Hauptaufgabe ist es daher, das Reichskanzleramt in sachkundiger Weise zu unterstützen bei Ausübung seines Aufsichtsrechtes über alle auf dem Gebiete der Sanitäts- und Veterinärpolizei im Reiche zu treffenden Maßnahmen. Namentlich wird es sowohl das Material für die Begründung eines jeden auf genanntem Gebiete zu vereinbarenden neuen Gesetzes zu sammeln und zu ordnen, als auch die betreffenden Gesetzesvorlagen selbst mit ihren Motiven auszuarbeiten und zu formuliren haben. Für diese Tätigkeit werden die etatsmäßigen Kräfte des Reichsgesundheitsamtes bei aller Tüchtigkeit und Arbeitskraft nicht ausreichen. Es ist deshalb laut Bundesratsbeschluß vom 30. Juni 1874 für die Verberatung besonders wichtiger Maßnahmen die Einberufung von Kommissionen aus Sachverständigen vorbehalten. Bei diesen Kommissionen wird die Mitwirkung besonders hervorragender Autoritäten, wie Pettenkofer, Birchow, Hirsch und Andere, eintreten können. Es läßt sich erwarten, daß aus derartigen Berufungen sich bald eine ständige Deputation für die öffentliche Gesundheitspflege im Reiche entwickeln wird, wie eine ähnliche wissenschaftliche Deputation schon lange beim Kultusministerium besteht. Außer den oben hervorgehobenen Aufgaben liegt dem Reichs-Gesundheitsamt ob, sich von den in den einzelnen Staaten des Reiches bestehenden Sanitätsinrichtungen eingehende Kenntnis zu verschaffen, die Entwicklung dieses Gebietes in außerdeutschen Ländern zu verfolgen, eine umfassende, zuverlässige Medizinalstatistik für das ganze Reich herzustellen, sowie die Wirkungen der im Interesse der Gesundheitspflege ergriffenen gesetzlichen Maßnahmen zu beobachten und in geeigneten Fällen den Staats- und Kommunalbehörden Auskunft zu ertheilen.

— In dem vielgenannten Buche des Stadtgerichtsraths Wilhelms, „die goldene Internationale“, wird dem „goldenen Netz“, mit welchem das Judenthum von den Börsen aus die Völker umgarnt hat, als zweites Netz die Presse zur Seite gestellt, „vermöge deren das Judenthum die öffentliche Meinung in den feinen Klasseinteressen dienenden Ausbauungen gefangen hält.“ Zur Bezeichnungtheiltheit der Verfasser die Namen einer Anzahl von hiesigen Redakteuren und Zeitungen verleger mit, die „so deutlich sprächen, daß es eines weiteren Kommentars nicht bedürfe“. Der Redakteur der „Berliner Wespen“, der gleichfalls in der Liste einen Platz gefunden, wandte sich nun brieflich an den Stadtger.-R. Wilhelms mit dem Erfuchen, ihm auch nur aus einer Nummer seines Blattes den Nachweis zu führen, daß das letztere für und nicht gegen die Gründungen und Spekulanten, für und nicht gegen die Herrschaft der Börse das Wort ergriffen hätte. Die der „Trib.“ mitgetheilte Antwort des Stadtgerichtsraths Wilhelms lautet wie folgt:

„Geehrter Herr!

Auf Ihr geehrtes Schreiben v. 27. d. M. erwidere ich ergebenst, daß nach dem Wortlaut meiner Schrift das Verzeichniß der Chefredakteure von mir lediglich angeführt ist „als Beispiel dafür, welchen Umfang die Herrschaft der Juden über die Presse erlangt hat.“

— Ich habe aber nicht die Thatfache behauptet,

dass alle von mir aufgeföhrten Chefredakteure Juden seien (dies haben Sie nach einer mir zugestellten Nr. der Wespen ancheinend angenommen),

dass alle von mir aufgeföhrt wurden oder auch nur alle von Juden redigirten Zeitungen den Klasseinteressen des Judentums dienen.

Ich habe deshalb auch keine Veranlassung, Ihnen den Beweis der Thatfache zu liefern, daß speziell die von Ihnen redigirten „Wespen“ für oder nicht gegen die Gründungen und Spekulanten, für oder nicht gegen die Herrschaft der Börse das Wort ergriffen haben.“

Hochachtungsvoll

Berlin, den 28. März 1876. Wilmanns.

— Die siebente Kriminaldeputation des Stadtgerichts verhandelte in ihrer Sitzung vom 30. d. fünf Preßprozeß gegen den bisherigen verantwortlichen Redakteur der „Germania“, Julius Heurich Sonnen. Der nicht zum Termin erschienene Angeklagte wurde beschuldigt, bei der Beispieldung der Broschüre „Pro Nihilo“ den Fürsten Reichskanzler durch die Wendung beleidigt zu haben, der Graf Arnim scheine noch „geriebener“ zu sein, als Fürst Bismarck. „Gerieben“, meinte der Staatsanwalt, sei ein Mensch, der sich in schlechten Eigenschaften auszeichne.“ In Nr. 265 v. J. soll das Staatsministerium beleidigt sein durch die Behauptung, das Brodforbgesetz verleiße das Rechtbewußtsein des Volkes. Ein anderer Artikel enthält nach Ansicht des Staatsanwalts eine Beleidigung der königlichen Regierung zu Trier, und der Inhalt der ersten Nummer dieses Jahrganges soll ebenfalls die Staatsregierung beleidigen, weil in derselben gezeigt wird, der „Liberalismus“ beahndige die katholische Kirche zu vernichten, unter diesem „Liberalismus“ aber nach der ganzen Fassung des Artikels die Regierung verstanden werden müsse. Endlich soll ein Korrespondenzartikel in Nr. 27 d. J. das Vergehen

gegen die öffentliche Ordnung involvieren. — Der Staatsanwalt beantragte in allen Fällen das Schuldig und 7 Monate Gefängnis, der Gerichtsbof erkannte jedoch nur auf fünf Monate Gefängnis, der Publikation des Urteilstextes an der Spitze der „Germania“ und Unbrauchbarmachung der inkriminierten Artikel. Uebrigens wechseln die verantwortlichen Redakteure der „Germ.“ jetzt jeden Tag. Der oben genannte Herr Sonnen zeichnete das Blatt bis zum 28. v. M.; am 29. der „Germane“ Andrejewski Popolkonski; am 30. Georg Paul Hödige; am 31. wieder Herr Popolkonski u. s. w.

Magdeburg, 30. März. Der hiesige Lehrerverein hat dem Abgeordneten Windthorst-Bielefeld aus Veranlassung seiner bekannten Interpellation an den Kultusminister Dr. Falk eine Adresse übersandt, die der „Pädag. Ztg.“ zufolge, nachstehenden Wortlaut hat:

Ew. Hochwohlgeborenen haben in ihrer Rede vom 23. Februar c. dem allgemeinen Verlangen nach einem Unterrichtsgesetz in so beredter Weise Ausdruck gegeben, vor Allem aber auch des Lehrerstandes mit so warmen Worten gedacht, daß der Lehrerverein Magdeburg es nicht unterlassen zu dürfen glaubt, Ihnen hierfür seinen tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Möchte Ihr Wirken für die Schule und damit für das deutsche Vaterland recht bald vom besten Erfolg gekrönt werden. Der Lehrerverein Magdeburg. F. A. Dühring.

Kassel, 28. März. Es ist hier aufgefallen, daß nur dem Bischofsverweser Hahne in Fulda von Staatswegen die Kapitularswohnung gekündigt worden ist, während die übrigen Kapitulare im Besitz ihrer geistlichen Wohnungen gelassen werden. Dazu wird bemerkt, daß das Haus, welches von Hahne bewohnt wird, dem Staate die übrigen Häuser für Kapitulare und Vikare aber dem Bischof gehören.

München, 29. März. Obermedizinalrath Dr. v. Pettenkofer erhielt vom Reichskanzleramt den Ruf, die Stelle des Direktors bei dem neu zu errichtenden Reichs-Gesundheitsamt in Berlin zu übernehmen, hielt sich aber durch mehrere Beziehungen so an München gefestelt, daß er den Ruf, so ehrenvoll er ihm auch erschien, ablehnen zu müssen glaubte. Der König von Bayern hat davon Kenntnis genommen und an Professor v. Pettenkofer folgendes Schreiben gerichtet:

„Herr Obermedizinalrath Dr. von Pettenkofer! Ich habe zu Meiner Freude vernommen, daß Sie sich ungeachtet eines von Berlin aus an Sie ergangenen höchst ehrenvollen Rufes entschlossen haben, in München zu bleiben und hier Ihre schöpferische Arbeit an dem Aufbau der Wissenschaft öffentlicher Gesundheitspflege fortzuführen. Gerne spreche Ich Ihnen aus, daß Mir Ihre Erhaltung persönlich, sowie im Interesse der Universität von hohem Werthe ist, undtheile Ihnen mit, daß Ich Ihnen zum Beweise dessen Titel und Rang eines Geheimen Rates verliehen habe. Ich wiederhole hierbei die Versicherung besonderen Wohlwollens, mit welchem Ich stets bin Ihr gnädiger König.“

Ludwig.

Stockholm 27. März. Der König Oscar von Schweden hat das Begnadigungsgesetz zweier wegen schweren Diebstahls, versuchten Raubes und dabei begangenen Mordes zum Tode verurteilten Verbrecher, Hjert und Tector, abgelehnt, daß Urteil des höchsten Gerichtshofes lediglich bestätigt und bei dieser Gelegenheit folgende Neuherfung zum Staatsraths-Protokoll abgegeben: „Sowohl das Verbrechen selbst, als was in Betreff der Personen der Verbrecher angeführt worden ist, finde ich von so ungewöhnlich schwerer Verhaftbarkeit, daß die Ausübung des mir durch die Verfassung zuerkannten Begnadigungsrechtes in diesem Falle nichts Anderes bedeuten würde, als das Aufhören aller Anwendung der in dem jetzt geltenden Gesetz vorgeschriebenen Todesstrafe für Mord, der unter erschwerenden Umständen begangen worden. Aber, unabhängig von meinen Gedanken in Betreff der Rechtstätigkeit und Angemessenheit der Todesstrafe im Allgemeinen, ist bei mir die Überzeugung tief eingewurzelt, daß ich durch die Art und Weise, wie ich mein Begnadigungsrecht benütze, nicht ein Gesetz aufheben darf, welches, gestiftet von König und Reichstag gemeinschaftlich, mir nicht allein zusteht zu ändern. Zu meiner Befriedigung finde ich mich somit veranlaßt, die vorliegenden Gnadenurteile abzuschlagen und so, wie der Justiz-Staatsminister und die übrigen Mitglieder des Staatsraths anheimgestellt, zu dem von dem höchsten Gerichtshof in der Sache abgegebenen Votum meinen Beifall zu geben.“

Aus Warschau wird der wiener „Pol. Korr.“ über eine bevorstehende Regierungsmahnung geschrieben, welche einen neuen harten Schlag für den Polonismus in Russland bedeuten würde. Wie man mittheilt, soll nämlich in der nächsten Zeit von Petersburg aus eine gründliche Reorganisation des städtischen Municipalwesens in den Weichsel-Gouvernements ins Werk gesetzt werden, welche sich vollständig an die gleiche in Russland bestehende Institution anlehnen soll. Nach dem neuen System würden war die Wahlen in den Gemeinderäth wie bisher durch die Städtebevölkerung erfolgen, dieselben jedoch nur auf jene Männer fallen können, welche der russischen Sprache vollkommen mächtig sind. Letzteres wird mit dem Erforderniß der allgemeinen russischen Municipal-Ordnung motivirt, wonach die Rathungen im Schoße der Gemeindevertretung ausschließlich nur in russischer Sprache geführt werden dürfen, welche Einführung nun auch in den ehemaligen polnischen Provinzen ins Leben treten soll.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3 April.

— Der „Dziennik Poznański“, der den Eifer, womit die deutschen Ultramontanen für die Polen eintreten, sonst recht gut zu schätzen weiß, ist mit dem „Kurier“ wegen einer Resolution, die am 27. v. M. auf der polnisch-katholischen Volksversammlung zu Koszalin gefaßt wurde, in eine kleine Polemit gerathen. Es wurde nämlich auf der erwähnten Volksversammlung denjenigen deutlich an, die Abgeordneten, welche sich der polnischen Rechte angenommen hatten, ein Dank votirt, was der „Dziennik“ sehr „unangemessen“ fand, während der „Kurier“ dies Verfahren überaus billigte. In seiner letzten Nummer erklärt nun das polnische Blatt, daß es bei seiner Ansicht beharrte, „damit unser Volk nicht gewöhnt wird, sich in irgend einer Weise an die deutschen Abgeordneten zu wenden, wenn auch nur mit dem Ausdruck der Anerkennung, daß sie ihre Blüte erfüllt haben. Wir wollen doch nicht, daß unser Volk die Vermittlung von Leuten wie Lasker und Anderen aufsucht?“ Den selben Deutschschlag athmet ein zweiter Artikel des „Dziennik“, in welchem er wie schon früher die hiesigen Polinnen und Polen auffordert, nicht den Gottesdienst in der deutsch-katholischen Franziskanerkirche zu besuchen, da dies nicht nur „unpassend“, sondern auch „in hohem Grade unpolitisch“ ist. „Denn was ist jenes Gedrei (?) gegen das Deutschland wert, wenn man sich von unserer Seite freiwillig zu ihm schaart?“ schließt das Blatt seine Bemerkung.

— Der ehemalige verantwortliche Redakteur des „Kurier-Poznański“ Herr Ludwig Gaissler, der wegen verschiedener Preßvergehen zu 11½ Monaten

Staats- und Volkswirtschaft.

Berlin. 1. April. [Wöchentlicher Börsenbericht.] Die Ultimoregulierung äußerte dadurch auf den Gang des Geschäfts eine bestimmende Wirkung, daß nach der Prämienerklärung viel Material auf den Markt kam. Die meisten Prämienvorläufer hatten sich nach der Kursbewegung während des März auf Abnahme der Stücke einrichten müssen; der in den letzten Tagen eingetretene Rückgang der Notirungen änderte aber diese Lage vollständig und es ließ sich schon voraussehen, daß die Prämienvorläufer, wie es dann auch geschah, nicht abgenommen würden. Hierdurch häufte sich natürlich das Angebot, da bei der allgemeinen herrschenden Tendenz die Annahme einer weiteren Herabsetzung des Kursniveaus nicht ausgeschlossen bleiben konnte. Der Verkehr war aber an sich so eng begrenzt, daß Börse zeigte so geringe Aufnahmefähigkeit, daß die gefürchtete Eventualität um so eher eintrat, als auch die von auswärts eilangenden Börsennachrichten und Kurdepeschen der weichenden Richtung entschieden Vorschub leisteten. Die aus Wien kommenden Meldungen lauten überraschend trübe und lassen erkennen, daß die dortige Börse sich in einer sehr traurigen Situation befindet. Dienen gefallen sich nun noch Gerüchte über Zahlungsstockungen zu. Soweit dieselben aber unser Platz betreffen, dürfen sie bis jetzt als unbegründet bezeichnet werden.

Der Verkehr war auf allen Gebieten ungemein eingeschränkt und zu den Transaktionen bot eben nur die Liquidation die Anregung. Von den Spekulationspapieren erfuhrn Destr. Kreditaktien und Diskonto-Kommandit-Anteile stärkere Rückgänge. Erstere entbehren den andauernden Rückgang der Wiener Notirungen, es ist ja bekannt, daß unsere Börse in den Hauptspekulationspapieren keine Initiative unternimmt. Kreditaktien sind nun wirklich unter pari gegangen, seit 1868 ist dies nicht mehr der Fall gewesen. Die vollständige Bilanz wird 8 Tage vor der Generalversammlung publiziert werden und muß das Urtheil, ob der Kursrückgang Berechtigung hat, bis dahin noch ausgepart bleiben. Den Rückgang der Diskonto-Kommandit-Anteile wollte man mit Erekutionsverkäufen, die mit dem Fallissement einer frankfurter Firma in Verbindung brachte, motivieren. Sonst sind im Kursstande der einzelnen Effekten keine bemerkenswerthen Veränderungen eingetreten. Einheimische Bahnen waren größtentheils matt und rückgängig, Begleichung des Engagements seitens der Spekulation gaben hierzu die Veranlassung. Leichte Bahnen waren zum Theil recht begehr. Dagegen blieben Bankaktien im Allgemeinen vernachlässigt und Industriepapiere behielten sich nur wenig am Verkehr. Ausländische Staatsanleihen, besonders Destr. österreichische, matt.

Wien. 1. April. Monatsausweis der österreichischen Nationalbank.
Notenumlauf 273,699,150 Abnahme 8,014,810 fl.
Metallabsatz 136,596,594 Zunahme 5,494 =
In Metall zahlbare Wechsel 11,245,649 Abnahme 123,851 =
Staatsnoten, die der Bank gehören 3,115,426 Zunahme 459,526 =
Wechsel 98,325,628 Abnahme 7,460,268 =
Lombard 29,821,100 Zunahme 365,900 =
Eingelöste und börsenmäßige eingekaufte Pfandbriefe 5,527,052 Zunahme 66,158 =

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 1. März.

Vermischtes.

* **Breslau.** 1. April. [Unglücksfall auf der Oder.] Der „Bresl. Blg.“ wird folgendes gemeldet: Am 30. März, Nachmittags 2½ Uhr, hat sich in Koblenz (bei Hultschin) ein schreckliches Unglück ereignet. Die vom preußischen Gebiet aus in Hultschin auf österreichischem Terrain arbeitenden Bergleute wurden, von der Schicht kommend, über die sehr angeschwollene Oder gesetzt. Dabei kam der Kahn ins Schwanken, und sämtliche Insassen, 21 an der Zahl, stürzten ins Wasser. Nur 2 konnten sich durch Aufschwungen auf den umgekippten Kahn retten. Unter den Verunglückten befindet sich auch der Fährmann, Namens Grünberger aus Koblenz, der selbe hinterläßt Frau und zehn Kinder, von denen das älteste 14 Jahre alt ist.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen. Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Telegraphische Nachrichten.

Münster. 2. April. Oberpräsident v. Kühlwetter hat gestern Abend das Domkapitel zur Wahl eines Bischofsverwesers aufgefordert und denselben gleichzeitig mitgetheilt, daß der Regierungsrath Hüger auf Grund des § 6 des Gesetzes vom 20. Mai 1875 das Kirchenvermögen verwalten und in Verwahrsachen nehmen werde.

München. 2. April. Der frühere Kriegsminister, General Frhr. v. Brühl, ist unbeschadet seiner eventuellen Verwendung in der Feldarmee zum General-Kapitän der Leibgarde der Habsburger ernannt worden.

Stuttgart. 1. April. Die Kammer der Standesherren hat mit sämtlichen Stimmen der in der Sitzung anwesenden Mitglieder den Antrag angenommen, es wolle die Kammer angesichts des Gesetzentwurfs betreffs Übernahme der preußischen Bahnen durch das Reich, der Regierung gegenüber die Erwartung aussprechen, daß dieselbe ihre eifrigsten Bemühungen darauf richten werde, daß Zustandekommen eines Reichseisenbahngesetzes in Ausführung der bezüglichen Bestimmungen der Reichsverfassung (Art. 4, Ziffer 8 und Kap. 7) zu bewirken, dieselbe wolle jedoch der Übernahme von Bahnen einzelner deutscher Staaten durch das Reich in keiner Weise zustimmen. Ferner wolle die Kammer der Standesherren im Hinblick auf die offizielle Anerkennung des Ministers im anderen Hause von einer weiteren Interpellation in dieser Angelegenheit Umgang nehmen.

Wien. 31. März. Die ungarischen Minister sind heute vom Kaiser empfangen worden. Am Nachmittag fand die erste, nur einer vorläufigen Besprechung gewidmete Konferenz statt. In die Detailverhandlungen durften die Ressortbeamten erst am nächsten Dienstag eintreten. Graf Andrássy wird am Montag erwartet, die Feststellung des gemeinsamen Budgets kann daher nicht vor Dienstag beginnen.

Wien. 2. April. Die amtliche „Wiener Zeitung“ veröffentlicht das Gesetz, h. treffend die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes.

Paris. 2. April. Wie der „Agence Havas“ von Ragusa aus südländischer Quelle geschildert wird, hätten die Türken bei Una in einer Niederlage erlitten. Die Insurgentenführer Babich und Uzelaz sind nach Grahov aufgebrochen. Viele Einwohner haben sich bei Knin auf österreichisches Gebiet geflüchtet.

Versailles. 1. April. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer brachte der Deputirte Tirard von der Linken einen Antrag auf Aufhebung der französischen Botschaft beim päpstlichen Stuhle ein. Die Wahl des bonapartistischen Deputirten, Duc de Feltre, wurde für ungültig erklärt.

London. 1. April. Sitzung des Unterhauses. Der Kanzler der Schatzkammer zeigte an, der Kredite habe in einem bei dem auswärtigen Amt eingegangenen Telegramme den Wunsch ausgedrückt, daß der Bericht Cave's veröffentlicht werde. — Die diesjährigen Finanzeinnahmen des Staatshauses belaufen sich auf 77,131,693 Pfds.

Sterl., also 2,209,820 Pfds. Sterl. höher, als im Vorjahr, wo dieselben nur 74,921,873 Pfund Sterl. betrugen.

Madrid. 2. April. Der bisherige Marineminister Duran v. Alvaro hat seine Entlassung genommen. An seiner Stelle hat Antequera das Portefeuille der Marine erhalten.

Madrid. 31. März. Der Senat hat dem König die beschlossene Adresse überreicht. — Die Regierung hat die Bestimmung erneuert, daß alle Schiffe, die in einen anderen spanischen Hafen, als denjenigen ihres Bestimmungsortes einlaufen, einer Untersuchung unterworfen werden sollen, es müßte denn dargethan werden, daß sie durch äußere unabwendbare Umstände gezwungen worden sind, einen anderen Hafen, als denjenigen des Bestimmungsortes, anzulaufen. — Den nach dem Auslande übergetretenen Carlisten ist die Vergünstigung ertheilt worden, ihre fahrende Habe zoll- und steuerfrei wieder nach Spanien einführen zu dürfen.

Rom. 31. März. Zu Generalsekretären sind ernannt worden: Für das Innere Lacava, für die Finanzen Sciamododa, für öffentliche Arbeiten Vaccarini, für die Justiz Lafrancesca, für das Auswärtige Tornielli, für die Landwirtschaft Branca. Die Ernennung der Generalsekretäre für die Ministerien des Krieges, der Marine und des Unterrichts steht noch aus.

Kopenhagen. 1. April. Die Neuwahlen zum Folketing sind mittelst heut veröffentlichten offenen Briefs des Königs auf den 25. d. festgesetzt.

Stockholm. 31. März. Die französische Regierung hat den französisch-schwedisch-norwegischen Handelsvertrag zum 23. März 1877 gekündigt und die Gründung von Unterhandlungen beabsichtigt Abschlusses eines neuen Handelsvertrages auf der Basis der Geltung des bestehenden, bis der neue abgeschlossen ist, in Vorschlag gebracht. Der Schiffahrtsvertrag zwischen Frankreich und Schweden-Norwegen erhält gleichzeitig mit dem Handelsvertrag.

Petersburg. 2. April. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht die Pläne für die Reisen des Kaisers Alexander im Laufe des Sommers und Herbstes. Nach denselben gedenkt der Kaiser sich Ende April über Berlin nach Eins und dann nach Jügenheim zu begeben und von dort aus nach Petersburg zurückzureisen, um den Lagerübungen in Krasnoje Selo beizuwollen. Für den Sommer ist ein Besuch von Helsingfors in Aussicht genommen. Im August wird sich der Kaiser nach Warschau begeben, um dort Truppenübungen abzuhalten, welche auch noch an verschiedenen anderen Orten stattfinden sollen. Als dann treten der Kaiser und die Kaiserin die Reise nach Livadia an und werden im Spätherbst nach Petersburg zurückkehren. Im Laufe des Sommers werden am hiesigen Hofe die Besuche des Kaisers von Brasilien, des Königs von Dänemark und des Prinzen und der Prinzessin von Preußen erwartet.

Konstantinopel. 1. April. Gute Vernehmien nach sind an den ursprünglichen Projekten der Delegirten der englischen und französischen Inhaber türkischer Coupons mehrere Veränderungen vorgenommen worden. Die Verhandlungen mit denselben werden fortgesetzt. Das Komitee der Inhaber der Schatzbonds vom Jahre 1872 soll bezüglich dieser Werthe gegen diese Verhandlungen protestirt haben. — Kiamil Pascha ist an Stelle Namik Paschas zum Präsidenten des Staatsrathes ernannt worden. Auch im Marineministerium und Finanzministerium sollen Veränderungen bevorstehen. — Bei der heutigen Zählung der türkischen Loope fiel der Haupttreffer auf Nr. 149,008.

Athen. 1. April. Die Verhandlungen in dem Prozesse gegen das gesammte Kabinett Bulgaris wegen Verfassungsverletzung und Simonie sind heute geschlossen worden. — Der deutsche Gesandte am hiesigen Hofe, von Radowitz, hat heute seine Urlaubsreise angetreten.

Alexandrien. 1. April. Der Prinz von Wales ist hier eingetroffen.

Washington. 31. März. Die Repräsentantenkammer hat der Bill, wonach die kleinen Papiergeld-Werthzeichen durch Silberscheide-münze ersetzt werden sollen, ihre Zustimmung ertheilt.

Washington. 1. April. Nach einer dem Staatssekretär Fish zugegangenen Meldung hat in Mexiko der Aufstand größere Dimensionen angenommen und sich fast über alle Staaten verbreitet.

Verein für Geselligkeit.

Heute Abend 8 Uhr: Ballotement.

Der Vorstand.

Unser kleiner Richard ist uns heute Abend 10½ Uhr in einem Alter von 2 Monaten und 15 Tagen durch den Tod entrissen.

Beerdigung: Montag Nachmittag 3 Uhr. Um stille Theilnahme bitten die trauernden Eltern

Wilhelm Pinnau,
Charlotte Pinnau, geb. Hoffmann.

Posen, den 1. April 1876.

Newyork, 31. März.

(Per transatlantischen Telegraph.)

Das Postdampfschiff des Nordde. Lloyd Nedcar, Capt. W. Willigerod, welches am 18. März von Bremen und am 21. März von Southampton abgegangen war, ist heute 1 Uhr Nachmittags wohlbehalten hier angekommen.

Das Hamburg-New-Yorker Post-Dampfschiff „Cimbria“, Capitain Brandt, welches am 15. März von hier und am 20. März von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 19 Stunden am 31. März 5 Uhr Morgens wohlbehalten in Newyork angekommen.

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M. 1. April. Nachmitt. 2 Uhr 30 Minuten. Fest. Österreichische Bankaktien und Prioritäten abermals höher.

[Schlußkurse.] Londoner Wechsel 204, 92. Pariser Wechsel 81, 27. Wiener Wechsel 174, 35. Böhmisches Wehbahn 154%. Elisabethbahn 134%. Galizier 162%. Franzosen*) 235. Lombarden*) 86%. Nordwestbahn 115. Silberrente 60%. Papierrente 57%. Russ. Bodencredit 86%. Russen 1872 — Amerikaner 1882 100%. 1860er Loope 106%. 1864er Loope 272, 20. Kreditaktien*) 134%. Destr. Nationalbank 761, 00. Darmst. Bank 108. Berl. Bankverein 79%. Frankfurter Wechslerbank 79. Ost. Bank 91%. Meiningen Bank 80. Hess. Ludwigsbahn 99%. Oberhessen 73%. Ing. Staatsloose 151, 20. Ung. Schagawm. alt 88%. do. do. neue 87%. do. Ostb.-Obl. II. 63%. Centr. Pacific 91%. Reichsbank 155%.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 137%, Franzosen 237%, Lombarden 87%, 1860er Loope 107, Nordwestbahn 118.

*) per medio resp. per ultimo.

Wien. 1. April. Spekulationswerthe fest und lebhaft, Renten gefragt, Bahnen und Prioritäten sehr animirt und erheblich höher. Devisen ein wenig schwächer.

[Schlußkurse.] Papierrente 66, 75. Silberrente 69, 75. 1854er Loope 103, 25. Nationalbank 871, 00. Nordbahn 1792. Kreditaktien 156, 30. Franzosen 269, 50. Galizier 187, 00. Kasch.-Odr. 107, 50. Bardubitzer — Nordwestb. 136, 00. Nordwestb. Lit. B. 46, 00. London 116, 70. Hamburg 56, 67½. Paris 46, 10. Frankfurt 56, 67½. Amsterdam 96, 10. Böhm. Westbahn — Kreditloose — 1860er Loope 110, 00. Lomb. Eisenb. 102, 50. 1864er Loope 131, 00. Unionbank 69, 50. Anglo-Austr. 70, 00. Unionbank 66, 00 exkl. Lombarden 102, 75. Ungar. Kredit 132, 75. Napoleon 9, 29½. Dukaten 5, 47. Silbercup. 101, 40. Elisabethbahn 153, 00. Ung. Prámi 71, 20. D. Reichsb. 57, 17½. Türkische Loope 20, 00.

Nachbörse: Sehr günstig. Kreditaktien 157, 75. Franzosen 169, 50. Lombarden 102, 75. Galizier 188, 25. Anglo-Austr. 69, 60. Unionbank 69, 50. Ungar. Kredit 132, 75. Napoleon 9, 29½.

Abendbörse: Kreditaktien 158, 75. Franzosen 271, 00. Galizier 188, 00. Anglo-Austr. 70, 00. Unionbank 66, 00 exkl. Lombarden 102, 75. Ungar. Kredit 132, 75. Egypt. 106, 50 exkl. Papierrente 67, 00. Napoleon 9, 29½. Recht fest.

Wien. 2. April. Privatverkehr. Kreditaktien 160, 60. Franzosen 273, 25. Galizier 189, 00. Anglo-Austr. 73, 10. Unionbank 68, 60. Lombarden 103, 00. Ungar. Kredit 136, 50. Egypt. 108, 00. Papierrente 67, 10. Napoleon 9, 30. Sehr günstig, Bahnen auf Arbitragenkäufe namhaft höher.

London. 1. April. Nachm. 4 Uhr. Konsofs 94½. Ital. 5proz. Rente 70%. Lombarden 8%. 3proz. Lombarden-Prioritäten alte 9%. 3proz. Lombarden-Prioritäten neue 9½ ex. 5proz. Russen de 1871 97. 5proz. Russen de 1872 96½ ex. Silber 53%. Türk. Anleihe de 1865 16½. 5proz. Türk. de 1869 17%. 5proz. Vereinigt. St. pr. 1885 105%. do. 5proz. fund. 106%. Destr. Silberrente —. Destr. Papierrente —. Euroz. ungarische Schatzbonds 89. 5proz. ungar. Schatzbonds II. Emitt. 87. 5proz. Peruana 28%. Spanier 16%. Platzdist. 2½%.

Paris. 1. April. Nachm. 3 Uhr. Sehr fest und belebt, Schluss ruhiger. Liquidation für französische Renten sehr leicht. Report für Anleihe de 1872 0, 12.

3proz. Rente 66, 80. Anleihe de 1872 105, 30*. Italienische 5proz.

Rente 71, 35. do. Tabaksalben 787, 00. do. Tabakobligationen 509, 00. Franzosen 586, 50. Lombard. Eisenb. At. 225, 00. do. Prioritäten 241, 00. Türk. de 1865 16, 30. do. de 1869 91, 00. Türkensloose 45, 75.

*) Anleihe de 1872 pr. Ende April 105, 42%. Kredit mobilier 190.

Spanier exkl. 16, 68. do. inter. 15, 43. Suezkanal-Aktien 738. Banque ottomane 415. Société générale 542. Egypt. 300. — Wechsel auf London 25, 24½.

Paris. 31. März. Nachm. Auf dem Boulevard wurden heute Abend neuere Anleihe bei fester Tendenz zu 105, 17½, Türk. zu 16, 15. Egypt. zu 28 gehandelt.

Paris. 1. April. Nachm. 12 Uhr 40 Minuten.

[Schlußkurse.] 3proz. Rente 66, 80. Anleihe de 1872 105, 40.

Italiener 71, 35. Franzosen 587, 50. Lombarden 226, 25. Türk. 16, 15. Spanier 16%. Fest. Der „France“ wußte stände die Emission einer neuen egyptischen Anleihe unmittelbar bevor. — Nachmittags 2 Uhr.

Anleihe de 1872 105, 40.

